



**VERKEHR**  
Was Minister Patrick Schnieder auf der Agenda hat. Seite 2

**ENERGIE**  
Katherina Reiche plant enormen Ausbau von Gaskraftwerken. Seite 6



**ÜBERBLICK**

**Feindseligkeit gegen Juden nimmt zu**

**BERLIN** (dpa) Angriffe, Anfeindungen, Ausgrenzung gegen Juden in Deutschland: 2024 hat der Bundesverband der Recherche- und Informationsstellen Rias fast 77 Prozent mehr antisemitische Vorfälle dokumentiert als im Jahr davor.  
**Seite 5**

**Die Trends des Sommer 2025**

**TRIER** (red) Der Sommer steht vor der Tür. Welche Kleidung ist 2025 in, welcher Drink sollte auf jede Getränkekarte? Ein Überblick.  
**Seite 21**

**Inklusiv und international**

**TRIER** (AA) Menschen mit und ohne Behinderung spielen gemeinsam und gegeneinander Fußball: Ein Turnier mit besonderer Note findet am Pfingstsonntag im Trierer Süden statt. Die Teilnehmer feiern den Duellen entgegen – auch, aber nicht nur, weil dem Sieger eine stattliche Trophäe winkt.  
**Seite 18**

**ZITAT**

„Ein Verwaltungsgericht kann natürlich keine politische Entscheidung mit Wirkung für das gesamte Land treffen.“

**Thorsten Frei (CDU)**

Das Verwaltungsgericht Berlin hatte festgestellt, dass die Zurückweisung von drei Somaliern bei einer Grenzkontrolle rechtswidrig gewesen sei. Der Kanzleramtsminister sieht darin aber keine grundsätzliche Bedeutung.

**WETTER**



**Seite 28**

**RUBRIKEN**

GELD UND MARKT	SEITE 6
FERNSEHEN	SEITE 25
HÄGAR	SEITE 24
SUDOKU	SEITE 24
FREIZEIT	SEITE 22
FÜR KINDER	SEITE 24

**KONTAKT**

Anzeigen 06 51/7199-999  
Abo 06 51/7199-998  
Leserservice 06 51/7199-0

kontakt@volksfreund.de  
Internet: www.volksfreund.de  
www.facebook.com/volksfreund  
www.instagram.com/trierischervolksfreund

Produktion dieser Seite:  
Ralf Jakobs

Einzelpreis 2,50 €, NR. 129



4 194971 102507 4 0 1 2 3



**Merz absolviert Antrittsbesuch bei Trump**

**BERLIN** (Reuters) Donald Trump hat das Oval Office im Weißen Haus in den wenigen Monaten seiner Amtszeit zu seiner zentralen Bühne gemacht. Wenn Bundeskanzler Friedrich Merz am Donnerstag dort auftritt, ist die Spannung groß, welches Stück der Präsident dann gegeben wird. Zumindest geht man in der Bundesregierung davon aus, dass es keine Konfrontation wie mit dem ukrainischen Präsidenten Wolodymyr Selenskyj oder dem südafrikanischen Staatschef Cyril Ramaphosa geben wird. Einen Tag vor dem Merz-Besuch hat Trump die Zölle auf Aluminium und Stahl aus der EU auf 50 Prozent erhöht – was für die deutsche Wirtschaft eine schwere Belastung bedeuten könnte.  
**Meinung Seite 4**

## Wen der Verfassungsschutz in der Region Trier beobachtet

Die Behörde erkennt eine zunehmende Radikalisierung durch Rechtsextremisten und Islamisten – auch schon im Kinderzimmer.

VON SEBASTIAN STEIN

**MAINZ/TRIER** Der rheinland-pfälzische Innenminister sieht im Rechtsextremismus die größte Bedrohung für die Demokratie im Land. Das sagte Michael Ebling (SPD) am Mittwoch bei der Vorstellung des neuen Verfassungsschutzberichtes in Mainz. Laut Innenministerium ist im vergangenen Jahr die Zahl politisch motivierter Straftaten erneut gestiegen – auf einen Höchststand seit 2001. Fast 60 Prozent der gut 2500 Taten kamen von „rechts“, darunter mehr als 50 Gewaltverbrechen. Auch das rechtsextremistische Personenpotenzial ist in Rheinland-Pfalz erneut leicht auf 800 gewachsen. Darunter zählt der Verfassungsschutz auch 160 gewaltorientierte Personen. Verglichen mit anderen Bundesländern sei Rheinland-Pfalz kein Hotspot. Und innerhalb des Landes gilt auch Trier nicht als besonderer Vernetzungspunkt. Dennoch listet der Verfassungsschutz einige Vorfälle aus der Region im neuen Bericht auf.

Bei der Kommunalwahl vor einem Jahr hatte die rheinland-pfälzische AfD laut der Behörde auch Personen

aufgestellt, die Mitglied in anderen rechtsextremistischen Gruppierungen waren. Der ehemalige Chef der inzwischen aufgelösten AfD-Jugendorganisation Junge Alternative (JA), Marcel Philipps, führte etwa die Liste im Kreis Trier-Saarburg an. Philipps ist heute Fraktionsvorsitzender der AfD im Kreistag.

Im Trierer Stadtrat sitzt mit Mirco Kos ebenfalls ein ehemaliger JA-Funktionär. Und auf der AfD-Wahlkarte für den Stadtrat in Trier stand auch ein Aktivist der inzwischen aufgelösten Revolte Rheinland, die vom Verfassungsschutz als Nachfolgeorganisation der rechtsextremen Identitären Bewegung eingestuft wird. Dabei befand sich die Gruppe eigentlich auf der Unvereinbarkeitsliste der AfD. Der Verfassungsschutz aber erkennt kaum noch tatsächliche Distanzierung. Stattdessen vernetze sich die Partei immer stärker mit Rechtsextremisten.

Die Revolte Rheinland fiel dem Verfassungsschutz im vergangenen Jahr auch mit Plakatierungen und Flugblattverteilungen im Raum Trier auf. Nach Recherchen unserer Redaktion existiert auch ein Foto aus dem Jahr

2023, das zwei Mitglieder in Trier abbildet, die das White-Power-Zeichen zeigen. Das dem OK-Handzeichen ähnelnde Symbol steht in rechtsextremen Kreisen für die Vormacht der Weißen.

Laut Verfassungsschutz ist das Musikgeschäft für die rechtsextremistische Szene eine wichtige Einnahmequelle. Im vergangenen Jahr hatten die rheinland-pfälzischen Sicherheitsbehörden eine „konspirativ organisierte“ Grillfeier mit Livemusik in Greimerath (Kreis Bernkastel-Wittlich) aufgelöst. Die rund 40 Rechtsextremisten kamen teils aus dem ganzen Bundesgebiet in die Region.

Auch aus der Region Trier wurde im vergangenen Jahr noch ein rechtsextremistischer Onlineshop mit dem Namen „One Eight Versand“ betrieben. Die Zahlenkombination, eins und acht, steht für die Buchstaben A und H im Alphabet – also Adolf Hitler. Inzwischen ist der Shop vom Netz genommen worden. Der ehemalige Betreiber lebt in einem kleinen Dorf in der Vulkaneifel und ist auch einer von vier mutmaßlichen Rädelsführern von Combat 18, was für Kampfgruppe Adolf Hitler steht. Im April

erhob der Generalbundesanwalt Anklage gegen die vier Personen, weil sie beschuldigt werden, die eigentlich verbotene Organisation aufrechtzuerhalten.

Nach dem Rechtsextremismus geht laut Verfassungsschutz vom Islamismus die größte Bedrohung in Rheinland-Pfalz aus. Terroristische Taten im ganzen Bundesgebiet zeigten, dass es nicht nur eine abstrakte Gefahr sei, sagte Ebling. Dem Islamismus rechnet das Innenministerium in Rheinland-Pfalz rund 690 Personen zu, davon 65 gewaltorientierte. Sowohl Rechtsextremisten als auch Islamisten erreichten über soziale Medien zunehmend Jugendliche, die indoktriniert, mobilisiert und radikalisiert würden. In der Folge entwickelten sich sehr junge Menschen selbst zu Multiplikatoren extremistischer Ideologie, so der Innenminister.

Im Mai und Juni vergangenen Jahres trat etwa der salafistische Influencer „Abu Alia“ in Wittlich auf. Er gehört einer als ultrakonservativ bezeichneten Strömung des Islam an und steht bereits seit längerem unter Beobachtung des Verfassungsschutzes.

**Missbrauchsoffer aus Trier scheitert vor Gericht**

**TRIER** (sey) Das Bistum Trier bleibt zumindest vorerst von Schmerzensgeldklagen eines Missbrauchsoffers verschont. Ein heute 64-jähriger Mann ist jetzt auch vor dem Oberlandesgericht Koblenz mit seinem Antrag auf Prozesskostenhilfe gescheitert. Damit wollte er eine Klage gegen das Bistum finanzieren. Zuvor hatte der Mann auch am Landgericht Trier eine Abfuhr erhalten. Er war als Kind jahrelang von einem Priester missbraucht worden.  
**Themen des Tages Seite 3**

**Steuerentlastungen sollen Firmen zum Investieren bringen**

**BERLIN** (Reuters) Die neue Bundesregierung aus Union und SPD hat nach vier Wochen im Amt ein erstes milliardenschweres Steuerpaket zur Entlastung der Wirtschaft beschlossen. Das Kabinett gab dafür am Mittwoch grünes Licht. „Wir bringen Deutschland wieder auf Wachstumskurs“, sagte Finanzminister und SPD-Chef Lars Klingbeil in Berlin. Unternehmen sollen in den Jahren 2025 bis 2029 um rund 46 Milliarden Euro entlastet werden.  
**Themen des Tages Seite 2**

## Wer diesen Brief bekommt, muss Auskunft geben

Das Statistische Landesamt verschickt an etwa 5000 Personen ein Schreiben. Die Empfänger sind zur Antwort verpflichtet.

VON ROBERT MÄRLÄNDER

**TRIER** Ein Teil der Bürgerinnen und Bürger in Rheinland-Pfalz bekommt nun Post von unerwarteter Stelle. Das Statistische Landesamt fordert Auskunft, und man sollte diese Aufforderung nicht ignorieren. Obwohl Adressdaten abgefragt werden, geht es im Grunde um mehr als die persönlichen Informationen. Verschiedene Ämter arbeiten daran, die Durchführung des nächsten Zensus zu verbessern. Anfang Juni werden Briefe an rund

5000 Personen in Rheinland-Pfalz verschickt. Das Statistische Landesamt erklärt dem Volksfreund, es handelt sich um Personen, „für die aus Verwaltungsdatenbeständen maschinell keine eindeutige Festlegung der Hauptwohnung erfolgen konnte“. Aus allen Personen, deren Hauptwohnsitz unklar ist, wurde eine Stichprobe bestimmt.

Die ausgewählten Personen werden mit einem Anschreiben aufgefordert, an einer sogenannten Befragung zur Klärung des Wohnsitzes teilzunehmen. „Für die Identifikation einer Per-

son werden persönliche Angaben wie Name, Geburtsort und Geburtsdatum erfragt“, teilt das Landesamt mit. „Zur Bestimmung der Hauptwohnung werden Adressinformationen der zum Stichtag des Zensus 2022 (15. Mai 2022) bewohnten Wohnung erfasst.“ Für die Abfrage dieser Daten werden die Bürgerinnen und Bürger auf einen Online-Fragebogen verwiesen.

Die Teilnahme ist zwar verpflichtend, sie muss aber nicht online erfolgen. Wer die Antworten lieber auf Papier abgibt, muss zunächst überhaupt nichts tun. Das Statistische Landes-

amt Rheinland-Pfalz wird dann automatisch tätig. Wenige Wochen nach dem ersten Anschreiben wird ein Papierfragebogen versandt.

Alle ausgewählten Personen müssen antworten. Hierzu besteht eine gesetzliche Pflicht.

Laut dem Landesamt dient die Befragung einer Weiterentwicklung des Zensus. Gemeint ist damit die große Bevölkerungszählung in Deutschland, die alle zehn Jahre stattfindet. Hierfür arbeiten nun die Statistischen Ämter von Bund und Ländern zusammen und erproben neue Metho-

den für die Durchführung. „Ziel ist es unter anderem wohnortgenaue Bevölkerungszahlen aus bestehenden Verwaltungsregistern weitestgehend automatisiert ermitteln zu können“, erklärt das Landesamt gegenüber dem Volksfreund.

Für die Vorbereitung des nächsten Zensus ist noch etwas Zeit. Er soll im Jahr 2031 stattfinden. Die letzte Bevölkerungszählung wurde wegen der Pandemie um ein Jahr verschoben. Der nächste Zensus soll aber zum langfristig geplanten Zeitpunkt durchgeführt werden.